

Handel, Industrie und Verkehr

Voreilige Behandlung der Finanzfragen und deren Einfluß auf die Stadt Wien.

Von Dr. Sandtschamerer Carl von Beck.

Der nachstehenden, sehr beachtenswerten Ausführungen geben wir gerne Raum, ohne mit allen Punkten ihres Inhaltes übereinzustimmen.

In keinem Zweige der Verwaltung ist die Oberflächlichkeit so gefährlich wie in der Finanzverwaltung und alles, was die Allgemeinheit über diesen Zweig zu sehen und zu hören bekommt, ist nichts wie Oberflächlichkeit. Es kann nicht genug nachdrücklich betont und wiederholt werden, daß die wichtigste Aufgabe des Staatsrates im Augenblicke die Beschaffung von Nahrungsmitteln und von Kohle ist, daneben hat die Liquidierung des großen Geschäftes „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“ zu erfolgen. Bei der Liquidierung heißt es zunächst die Aktiven zu erfassen, und zwar so rasch und so vollkommen als nur möglich. Durch sorgfältige Aufnahme sämtlicher dem Staate Deutschösterreich gehörigen Sachwerte und Güter muß festgestellt werden, was der Staat besitzt. Länderweise müßte dies unter Kontrolle des Staatsrates durch Zuzugung von Fachmännern aus Konsumenten- und Produzentenkreisen geschehen. Die Regelung der Verfassungsfrage ist im Einvernehmen mit Deutschland vorzubereiten. — Heute schon über Finanzfragen sprechen und Enquêtes zu veranstalten, erscheint verfrüht, u. zw. verfrüht von mehreren Gesichtspunkten aus. Fürs Erste fehlt vorläufig die Basis, auf welcher der Bedarf des neuen Staatshaushaltes aufgebaut werden soll. Heute schon sagen, daß mit einem Defizit von 1.500.000.000 Kronen gerechnet werden muß, wie es der Staatssekretär Steinwender getan, zeigt die Oberflächlichkeit, mit der gearbeitet wird. (Staatssekretär Doktor Steinwender hat diese Schätzung nur unter Vorbehalt, mit Rücksicht auf die große Schwierigkeit einer solchen Logation mitgeteilt. Die Red.) Diese Ziffer kann bloß einer willkürlichen Schätzung entspringen. Die Bedeutung, daß sie auf dem Bevölkerungsschlüssel basiert, ist zwar vom Staatssekretär gemacht worden. Gibt es aber einen Bevölkerungsschlüssel? Wissen wir, wie groß Deutschösterreich sein wird? Können wir heute die Einnahmen, auch wenn der Bevölkerungsschlüssel da wäre, können die Ausgaben erfaßt werden? Nein und zehnfach nein! Weiters wird uns gesagt, daß die Lieferungs schulden bezahlt werden. Welche Lieferungs schulden hat der Staat Deutschösterreich zu übernehmen? Kann die Zinsenlast des neuen Staates heute erfaßt werden, bevor eine Auseinandersetzung mit den neuen Staatsgebilden erfolgt ist? Eine Basis für die Berechnung des Einkommens der Industrie im neuen Staate fehlt ebenfalls, weil wir momentan darüber keine Anhaltspunkte haben. Ueber die einzige heute zu erfassende Post „Steuern aus Grundbesitz“ fehlt jede Anbeutung. Wird dieser Zweig der Besteuerung modernisiert werden? Der tschechisch-slowakische Staat trägt diesen Ermüßungen Rechnung. Er sagt, über Finanzfragen zu sprechen, erscheint heute verfrüht, wir müssen vorläufig dafür sorgen, daß die Steuern rasch eingehen. Deutschland steht auf demselben Standpunkte. Nur bei uns macht sich die „Schachtelhüberei“ breit. Das soll Staatsrettung sein in Wirklichkeit ist es das Gegenteil. Die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Steinwender haben die öffentliche Meinung irritiert und deroutiert und hier sei nun der zweite Gesichtspunkt erörtert, von welchem aus die Sache zu betrachten ist. Ist es für Wien und Niederösterreich in diesem Moment angezeigt, in der Weise die Öffentlichkeit zu beruhigen. Könnten nicht die mehr Bedacht darauf genommen werden, alles zu vermeiden, das geeignet ist, die

wirtschaftliche Kraft Wiens zu schädigen? Noch sind viele Großindustrien und Großhändler mit sich im Unklaren, ob sie hier bleiben oder auswärts, wo sie ebenfalls wurzeln, sich niederlassen sollen. Wenn für sie hier nicht dieselben Ziffern im Betracht kommen, wie im tschechisch-slowakischen Staat, wenn wir mit der Bereinigung der finanziellen Fragen jetzt beginnen, trotzdem alle Berechnungen auf schwankender Grundlage ruhen, kurz, wenn Deutschösterreich, das noch gar nicht recht gegründet, dessen Grenzen noch nicht feststehen und dessen Geschick zum Großteil von der Entente abhängt, heute der einzige Staat ist, der sich mit staatsfinanziellen Experimenten befaßt, so wird Wien den größten Schaden davon haben.

Den Abgeordneten, die nicht Wien oder Niederösterreich vertreten, mögen die finanziellen Spielereien Wahlvorbereitungen sein, sie haben es leicht, Stimmungsmache zu betreiben, man muß aber erwägen, daß der Nettobetrag für die bezahlten direkten Steuern im Jahre 1911 für Niederösterreich 147.901.258 Kronen, für die übrigen deutschen Provinzen 43.275.330 Kronen gewesen und daß demnach Niederösterreich 104.625.928 Kronen mehr Steuern zahlte als die übrigen deutschen Kronländer. Böhmen, Mähren und Schlesien hatten einen Eingang von 127.838.822 Kronen, rechnet man nun ein Drittel davon 42.612.607 Kronen für Deutschböhmen und Sudetenland, so ergibt dies, daß Niederösterreich um 62.013.321 Kronen mehr Steuern bezahlt hat, als ganz Deutschösterreich, inklusive Deutschböhmen und Sudetenland, natürlich fällt die Hauptlast hiervon auf Wien. Wien hat demnach das innigste Interesse daran, daß vorläufig keiner Stimmungsmache und keiner Schachtelhüberei Raum gegeben wird. Die Zeit für diese wichtige Frage wird kommen, man muß ihr klar ins Auge sehen. Sie wird eine politische Frage werden, über welche noch große Kämpfe ausgefochten werden. Sie vorzeitig anzuschneiden, dilettantisch behandeln und dadurch eine Abwanderung hervorzurufen, davon sei gewarnt. Deutschland und die Entente werden darüber noch viel Potzzerbrechen haben; wenn wir lange vierteilhaft Jahre von der Hand in den Mund gelebt haben, werden wir wohl die wenigen Monate noch zuwarten können.

Nach Fertigstellung dieser Zeilen veröffentlichten die Blätter den Bericht über die gestrige Enquete über Vermögensabgabe und Vermögenszuwachssteuer. Im großen ganzen decken sich die Ansichten der Experten mit obigen Ausführungen. Sehr viel hat die Ansicht des Experten für sich, der den finanzsozialistischen Standpunkt vertrat und der meinte, daß man eine andere Stellung zur Vermögensabgabe einnehmen müsse, je nachdem man die Fortdauer der Privatwirtschaft oder eine weitgreifende Sozialisierung des Wirtschaftslebens ins Auge fasse. Diese Frage kann aber überhaupt nicht in einer von der Regierung veranstalteten Enquete momentan zur Diskussion kommen. Diese Frage mag die Plattform für Wahlen sein, sie ist so grundsätzlicher Natur, daß sie in Zukunft möglicherweise internationalen Charakter annimmt, sie ist aber für Deutschösterreich nicht aktuell und führend kann ein erst im Entstehen begriffener Staat, dessen Wirtschaftsleben so sehr vom Auslande abhängen wird, in dieser Frage nicht sein.

Die Eintreibung der rückständigen Steuern.

Staatssekretär Dr. Steinwender hat kürzlich den Vertretern der Presse u. a. die Mitteilung gemacht, daß in der allernächsten Zeit neue Bestimmungen über die Eintreibung rückständiger Steuern herauskommen werden. Zunächst wird dabei, wie schon gemeldet, an Begünstigungen bei Vorausbezahlung von Steuern gedacht, weiters ist, wie wir hören, aber auch eine Erhöhung der Exekutionsgebühren, sowie der Verzugszinsensätze in Aussicht genommen. Die Verlautbarung der Verordnung steht unmittelbar bevor.